

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftst. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, W. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.  
Postfach-Konto Dresden 2466 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,  
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeltweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Blos in Dresden.

Nr. 55

Dresden, Sonnabend, 5. März

1932

## Dr. Goerdeler über das Preisproblem.

Berlin, 4. März.  
Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, sprach heute auf der Diskussionsabteilung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit über die Technik und Entwicklung der Preislenkung. Der Redner erklärte u. a., daß Höchst- und Richtpreise niemals Gegenstand einer amtlichen Preisüberwachung sein könnten, da diese Befehle zu einem Verstoß gegen die Grundgesetze der Weimarer Verfassung führten. Er erklärte ferner, daß die Preislenkung in der Wirtschaft dem Gesetz höchster Wichtigkeit unterliege. Dr. Goerdeler erklärte weiter, daß auf zwei Gebieten heute er seine Tätigkeit abgeschlossen hat. Auf dem Gebiete der Rohstoffe sei heute ein Eingriff nicht möglich, ebensowenig bei der Landwirtschaft, bei der das Preisniveau schon auf dem niedrigsten Punkt angelangt sei. Die Hauptaufgabe sei bei seiner Arbeit auf die Bearbeitung- und Verteilungsfragen zu richten. Hierbei sei er immer wieder auf den Faktor der Verteuerung der Verteilungsapparate durch Überlegung gekommen. Er habe auf dem Standpunkt, daß es volkswirtschaftlich einzigartig sei, diese Überlegung nicht sofort abzubrechen, auch wenn dies mit Opfern verbunden sei, als sie erwigelt werden. Er habe sich für die Gesamtverantwortung ein unläsliches Bild, das eine Kalkulation nach mehr als 20 Jahren. Er habe jede Gelegenheit benutz, darauf hinzuweisen, daß bei der Beratung dieser Faktoren von einem ganz anderen Gesichtspunkt ausgegangen werden müsse. An eine Beratung könne nur herangegangen werden, wenn die Ausgaben der Wirtschaft gleichzeitig reguliert werden. Jedoch habe der Reichskommissar für Preisüberwachung keine Machtmittel. Der härteste Kampf sei der Kampf um die Arbeitsbeschäftigung. Hier liege der Schlüssel für die Möglichkeit, die öffentlichen Arbeiten zu beeinflussen.

## Dr. Goerdeler warnt vor dem Lichtstreich.

Berlin, 4. März.  
Über die zur Abwendung des Lichtstreichs getroffenen Maßnahmen wurde heute noch einmal zwischen den Vertretern des Mittelstandes und dem Reichskommissar Dr. Goerdeler verhandelt. Wie verlautet, hat Dr. Goerdeler im Verlauf der Besprechungen darauf hingewiesen, daß augenblicklich in den meisten großen Gemeinden der Wohlfahrtsrat zu einem wesentlichen Teil auf den Einnahmen aus den Verkäufen basiere. Würde man diese Gebühren jetzt zwangsweise senken, so bestie die Gefahr, daß die Gemeinden sich nach anderen Steuerquellen als Ersatz für diesen Einnahmeverlust umsehen, daß sich also für die Wirtschaft eine noch unangenehmere Belastung ergeben könnte. Deshalb sei zu erwägen, ob es nicht besser wäre, in gegenwärtigen Augenblick die indirekte Besteuerung, die in den hohen Verkäufen liege, in Kauf zu nehmen, anstatt neue Steuern herauszubekommen. Der Reichskommissar betonte dabei, daß er an die Frage der Senkung der Verkäufnisse sofort heranzutreten werde, wenn die allgemeinen Verhältnisse es irgend erlaubten. Das Mittelstandesrat müsse sich unter diesen Umständen überlegen, ob es die Verantwortung für einen Lichtstreich übernehmen wolle, der sich für die ganze Wirtschaft bedrohlich auswirken könnte. Vermutlich wird der Streit vermieden werden.

## Ein Sebering-Interview

Berlin, 5. März.  
Der preussische Innenminister gab einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ ein Interview, in dem er sich zunächst mit der Ernennung Hitlers zum Regierungsrat in Braunschweig beschäftigte. Minister Sebering erklärte, daß er sich in die Angelegenheiten des Freistaates Braunschweig nicht einzumischen möchte und darum nur grundsätzlich Stellung nehmen könne. In Preußen sei bisher noch niemand Beamter geworden, ohne in der Verwaltung seine für das Amt notwendigen Fähigkeiten beweisen zu haben. Außerdem habe man in Preußen noch niemand zum Schein zum Beamten gemacht, um ihn die deutsche Staatsangehörigkeit oder irgendwelche andere Vorteile zu verschaffen. Auf die Frage, warum die preussische Regierung den Legalitätsprinzipien der Nationalsozialisten keine maßgebende Bedeutung beimesse, erklärte der Minister, daß die Erklärungen durch entgegengegesetzte Erklärungen völlig aufgehoben würden. Zum Schluß sagte Minister Sebering, die nationalsozialistische Bewegung in Preußen sei nicht nur stark genug, um Ruheposten entgegenzutreten, sondern würden gegebenenfalls auch rücksichtslos angewendet werden.

## Verwaltungsreform bei der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 4. März.  
Der Zwang zur Sparmaßnahme hat das Reichsarbeitsministerium veranlaßt, dem Reichsrat einen Entwurf zur Vereinfachung der Verwaltung bei

## Eine Rede des Reichsverkehrsministers Treppmann.

Bamberg, 4. März.  
Reichsverkehrsminister Treppmann hielt heute vor einer Versammlung der Deutschhannoverschen Partei und dem Hindenburgausschuß einen Vortrag zur Reichspräsidentenwahl, in dem er u. a. anführte:  
In manchen Wänden im Deutschen Reich leben noch Bläse mit der Aufschrift: „Recht Macht dem Reichspräsidenten!“ Dieses Blat hat vor wenigen Jahren die Deutschnationalen Volkspartei angeschlagen. Sie läßt es heute wohl gerne, wenn Sturm und Regen noch seine letzten Reste besenigen. Die Deutschnationalen und ihre ihm befreundeten Feinde, die Nationalsozialisten, sind es, die gegen die Rechtsanwendung durch den Reichspräsidenten zu Felde ziehen: Gegen die Notverordnungen, für Parlamentsherrschaft!  
Das ist ein offenes Wort nötig: Niemand hält die Notverordnungen für angenehm. Reichspräsident v. Hindenburg hat selbst in diesen Tagen dem General v. Leinow-Vorbes in enger Sorge erklärt, daß die Notverordnungen nicht dauernde Weisung werden dürfen, sondern nur Behelfe für die Zeit vorübergehender Not sein können. Als solche müssen sie verstanden werden. Wer glaubt, daß ohne diese Notverordnungen Deutschland über die Krise des vergangenen Jahres hätte gerettet werden können, der verkennt von Grund aus die deutsche Lage. Es ist Hindenburgs ungeheures nationales Verdienst, daß er den Reichsrat der Weimarer Verfassung ernannte, eine rücksichtslose Bilanz der deutschen Lage aufzumachen. Das war die alte Forderung der „nationalen Opposition“. Wer heute die Aufhebung der Notverordnungen verlangt, der fordert eine neue Politik der Selbstschneidung, der Infamie, der Bilanzverschleierung, der Verlangung des Staatsbankrotts. Es ist ein Ruf nach Freiheit: Wer Hindenburg und seinem Kanzler die Schuld für die wirtschaftlich-politische Lage zuschreibt, die die Notverordnungen notwendig gemacht hat, der belügt die Welt. Das wird unter vier Augen vom radikalen Propaganda zugestanden. Es ist eine Verküpfung des Sinnes der Wahl des Staatsoberhauptes, wenn man die Wahl nach seinem besten und innersten Empfinden unmöglich machen will. Der Appell „Treue um Treue“ hat in der niederländischen Landschaft noch niemals taube Ohren gefunden. Er wird auch durch die Verwirrung und Verzweiflung dieser Tage alle bodenständigen Niederlagen für Hindenburg eintreten lassen.

## Rede Graf Westarp für Hindenburg.

Bremen, 4. März.  
Graf Westarp hielt in einer hier abgehaltenen Versammlung eine Rede, in der er u. a. ausführte: In der ehemaligen Harzburger Front ist die Zersplitterung bereits da. Hätte Hindenburg die vornehmlich aus den Kreisen seiner alten Wähler aufgestellte Kandidatur nicht angenommen, so wäre das Chaos der Parteienzerrissenheit vollendet. Niemand wird eine Garantie übernehmen, daß der Präsident eines radikalen Stils sich in inneren Kämpfen durchsetzen würde, die

die außenpolitische Aufgabe der Stunde gefährden würden.

Aber nicht nur, um zu verhüten und zu verhindern, trete ich für die Wahl Hindenburg ein. Ich verfolge mit seiner Wahl positive Ziele der Außenpolitik wie der Innenpolitik. Gewaltig ist das Ansehen seines Namens im ganzen Ausland. Eines der einbrechenden Beispiele zur Erhaltung dieser Tatsache war es, als im Sommer vorigen Jahres der Präsident Hoover, um der vor seinem Erundungsvorschlag erwachten inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, wünschte, sich auf eine Rundgebung Hindenburgs berufen zu können.

## Stahlhelm-Rundgebung in Berlin.

Berlin, 5. März.  
In einer Rundgebung im Sportpalast forderte Dr. Eugen Berg auf, am 13. März Döberberg die Stimme zu geben, und sagte hinzu: „Was dann weiter zu geschehen hat, bitte ich freundschaftlich mir zu überlassen.“

Der Redner kritisierte die Lage und machte die fürsichtige Innenpolitik des abgewählten Reichspräsidenten dafür verantwortlich, daß die Finanzwirtschaft, Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Kleinhändler zerfallen seien. Er erklärte dann die Stellung des Stahlhelms zum Reichspräsidenten in der gegenwärtigen Lage und erklärte wörtlich: „Wir haben um Hindenburg gebittet, um ihn wieder frei zu machen von all jenen Umständen, die ihm in seinem langen militärischen Leben fremd waren. Vergeblich! Die Reichspräsidentenwahl ist und bleibt ein politischer Akt und ist kein militärischer Vorgang.“

In einer Preisbesprechung erklärte Döberberg, noch am 20. Februar habe er seine Kandidatur wieder zur Verfügung gestellt. Damals habe Dr. Eugen Berg noch einmal den Versuch unternommen, eine Einheitskandidatur der Rechten zu erreichen. Dieser Versuch sei aber ebenso gescheitert wie in den vorhergehenden Verhandlungen am 13. und 14. Februar, wo der Vertreter Hitlers, Goering, Forderungen gestellt habe, deren Annahme einer Kapitulation gleich gekommen wäre. Zum Schluß betonte Döberberg, daß die Aussichten des zweiten Wahlganges seines Erachtens ungewiß seien. Inzwischen komme es nach dem 13. März darauf an, ein „Kabinett des nationalen Widerstandes“ vorzubereiten.

## Nationalsozialistische Befürchtungen.

Berlin, 4. März.  
Nationalsozialistische Blätter verbreiten die — angeblich auf eigenen Traktatnachrichten in Berlin beruhende — Nachricht, daß aus dem preussischen Innenministerium an alle Landräte umfangreiche verbriefte Schreiben herausgegangen seien, die erst auf befürwortete Anweisung zu veröffentlichen wären. Trotzdem diese Briefe angeblich versiegelt sein sollen, ist diese nationalsozialistische Seite aber auch schon in der Lage, mitzuteilen, was darin stehen soll. Es sei nämlich darin eine Anweisung an die Landräte und Polizeipräsidenten enthalten, durch die diese Behörden angewiesen werden, im Falle eines Hitlerjagers mit scharfer Gewaltanwendung

gegen die nationalsozialistische Partei vorzugehen.

Hierzu bemerkt der Amtliche Preussische Pressedienst: Derartige Briefe, wie sie hier erwähnt werden, können schon deshalb nicht aus dem preussischen Innenministerium herausgegangen sein, weil man weder dort noch an irgend einer verantwortlichen preussischen Stelle auch nur einen Augenblick ernsthaft die Möglichkeit eines nationalsozialistischen Sieges in Erwägung zieht. Im übrigen wissen die Polizeibehörden auf Grund ihrer Anweisung ohnehin, daß sie gegenüber nationalsozialistischen Ausschreitungen mit aller Energie vorzugehen haben.

## Aufruf des katholischen Frauenbundes.

Köln, 4. März.  
Die Zentralkasse des katholischen Deutschen Frauenbundes erläßt einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es u. a. heißt: Wir wollen das Schicksal Deutschlands in die Hand des Mannes legen, dessen Persönlichkeit und als verehrungswürdiges Vorbild der Pflichttreue, der Vaterlandsliebe und des christlichen Glaubens vor Augen steht.

Die Welt soll erkennen, daß das deutsche Volk vertrauensvoll und in Ehrfurcht den Mann wählt, der die Verfeinerung deutscher Art und Geschichte ist. Wir wählen Hindenburg!

## Der Berliner Polizeipräsident gegen die Auswüchse der Wahlpropaganda.

Berlin, 4. März.  
In einer Mitteilung des Polizeipräsidenten heißt es: Die Wahlpropaganda der rechts- und linksradikalen Parteien hat Auswüchse gezeigt, die nicht mehr gebildet werden können. Häuser, Straßen, Büden werden unheimlich mit Plakaten beschriftet. In den städtischen Regimentsgruppen drängen Flugzettelerreiter, Sprechchöre, Zumbler und dergleichen unbesorgt in Häuser und belästigen die Bewohner. Ähnlich kommt es zu Zusammenstößen, die nicht zu körperlichen Schädigungen für die eine oder andere Seite oder auch für alle Beteiligten führen. Die Polizeibeamten sind angewiesen, dagegen hinhin mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit einzuschreiten. Von dem Recht, solche Vergehen zu bestrafen, sind die Behörden, bis zu drei Monaten in Polizeigefangenschaft zu nehmen, werde ich in allen Fällen Gebrauch machen.

## Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel.

Berlin, 4. März.  
Der preussische Minister des Innern hat heute eine Anordnung über Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel erlassen, in der es heißt: Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten ermächtige ich die Regierungspresidenten auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge bis zum 12. März einschließlich Ausnahmen zuzulassen, sofern der städtische und ungestörte Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint.

## Abgewiesene Beteiligungsfrage Ludendorffs.

München, 4. März.  
Das Amtsgericht hat heute die von General Ludendorff und seiner Gattin gegen den Bischof von Regensburg angebrachte Beteiligungsfrage abgewiesen.

Wie erinnertlich, hatte der Regensburger Bischof in einem Kirchenbrief, der sich mit der Bolschewikbewegung auseinandersetzte, das Buch der Frau Ludendorff „Erklärung“ mit anherber-

lich scharfen Worten angegriffen. In der Begründung des Gerichtsbeschlusses heißt es, daß General Ludendorff und seine Gattin die Verfasser einer Reihe von Schriften sind, die das Christentum und seine Einrichtungen herabsetzen. Bischof D. Buchberger habe berechnete Interessen wahrgenommen; aus der Form seiner Ausführungen und aus den Umständen, unter denen sie geschahen, gehe eine Verleumdung nicht hervor.

## Abchiedsfeier des Reichsrats für Dr. Gradnauer.

Berlin, 4. März.  
Die gestrige Abchiedsfeier des Reichsrats für den auf Grund der Altersgrenze auscheidenden sächsischen Gesandten und Reichstagsabgeordneten Reichsminister a. D. Dr. Gradnauer (schaltete sich für ihn zu einer besonderen Ehrung. An die